

Des weiteren müssen unbedingt die Männer in den landwirtschaftlichen Abteilungen und in Handel und Versorgung eingehend geschult werden. Wir müssen dafür sorgen, daß die antifaschistischen Kräfte der Verwaltung durch eine gute Schulung wirklich in der Lage sind, ihre Aufgabe zu erfüllen. Des weiteren müssen die Erfassungsstellen ernstlich geschult werden. Ich weise darauf hin, daß unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften ein großer und wichtiger Faktor sind. An ihrer Spitze haben wir zum großen Teil noch die alte Wirtschaftsbürokratie. Deshalb müssen wir durch Schulung neue Kräfte für die landwirtschaftlichen Genossenschaften heranziehen, damit sie wirklich gut geleitet werden. Das gleiche empfehle ich für die deutsche Saatzuchtgesellschaft. Es ist richtig, solche Organisationen zu schaffen, aber sie dürfen kein Staat im Staate sein. Die einzelnen Stellen der Saatzuchtgesellschaft müssen an die örtlichen Verwaltungen, die Kreis- und Landesverwaltungen angegliedert sein. In diesem Sinne müssen die demokratischen Organe dafür sorgen, daß die saatzuchtgesellschaftlichen Einzelorgane den Bauern wirklich helfen und sich nicht gegen die Bauern auswirken.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß dieser Landwirtschaftsplan insgesamt kein isolierter Plan sein darf, wie es leider noch vielfach der Fall ist. Für die Zukunft muß erreicht werden, daß der Landwirtschaftsplan in den Gesamtplan eingereiht ist. So, wie die landwirtschaftliche Erzeugung unserer Bauern fortschreitet, so wird es auch durch den Landwirtschaftsplan, den wir aufstellen wollen, möglich sein, die Ernährung unseres Volkes zu verbessern. (Lebhafter Beifall.)

H. Schirmer (Nürnberg): Gute Freunde! Ich hatte die Ehre, den Landesparteitag der Kommunistischen Partei Bayerns heuer im Frühjahr in München zu leiten und habe die ungeheure Begeisterung erlebt, mit der die Delegierten der Kommunistischen Partei in Bayern und eine große Anzahl Gäste aus der Sozialdemokratischen Partei den Beschluß begrüßten, die Verschmelzung der Kommunistischen Partei in Bayern mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorzunehmen. Diese Begeisterung gibt uns die Gewähr dafür, daß die Kommunistische Partei in Bayern auch nach der Ablehnung der Durchführungsmöglichkeit dieses Beschlusses durch die Besatzungsbehörde erkannt hat, daß die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone auch ihre Politik sein muß, weil sie die Politik des deutschen Volkes, die Politik für Deutschland ist.